



Steuerlast gerecht verteilen

Steuerentlastung ist keine Alternative zu Lohnsteigerungen

Wer hätte das erwartet? Die Metallarbeitergeber beklagen die zunehmende Steuerlast von Arbeitnehmern. Vom Mehr beim Bruttolohn bleibt netto immer weniger übrig. Der Abgabenkeil zwischen Brutto und Netto sei zu groß. Und schon hat sich Gesamtmetall die Forderung nach Senkung der Steuern und Abgaben auf die Fahnen geschrieben.

Populistische Forderung

Der Hintergedanke ist offensichtlich: wenn Steuern und Abgaben gesenkt werden, haben die Beschäftigten mehr in der Tasche und die Gewinne der Unternehmen bleiben unangetastet. Auch Vertreter von CDU und CSU stoßen ins gleiche Horn. Es ist auf den ersten Blick eine populäre Forderung. Welcher Arbeitnehmer und welche Arbeitnehmerin könnte nicht ein paar Euro mehr auf seinem Konto gebrauchen. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich diese populistische Forderung aber als Irrweg. Bei den Abgaben muss man nämlich unterscheiden.

Sozialabgaben sind Versicherungsleistungen

Zum einen haben wir es mit Sozialabgaben zu tun. Diese hat die Bundesregierung per Saldo leicht gesenkt. Doch Sozialabgaben sind Versicherungsleistungen, also auch Beitragsgeld der Arbeitnehmer. Der Euro, den sie bei den Abgaben einsparen, der fehlt ihnen unter Umständen schmerzlich, wenn der Versicherungsfall, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder Rente eintritt: Gerade mit Blick auf die aktuellen Debatten von drohender Altersarmut wurde hier eher schon zu viel gekürzt.

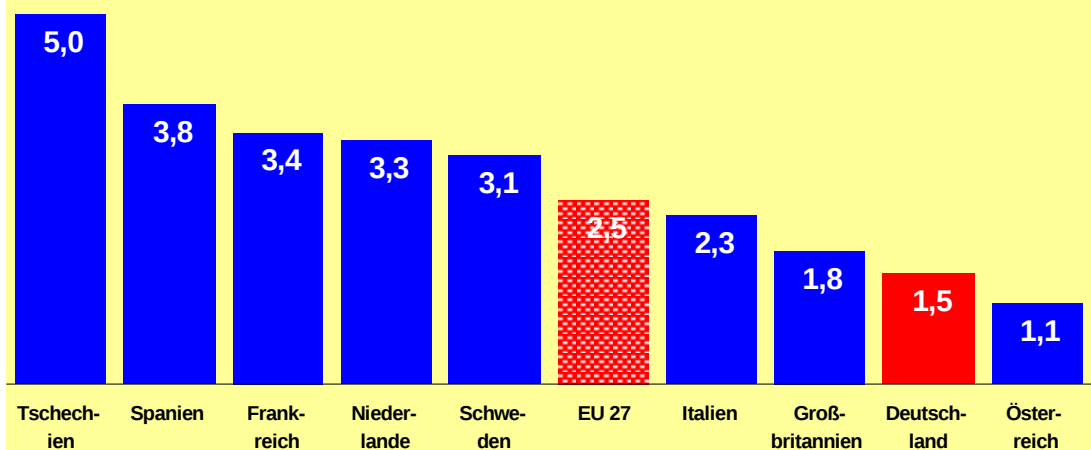
Nicht Steuern senken, sondern gerechter verteilen

Zwischen der IG-Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Sinnhaftigkeit von Steuersenkungen zum aktuellen Zeitpunkt. IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode warnte in einem Gespräch mit der Leipziger Volkszeitung davor, eine Verbindung zwischen steuerlicher Entlastung und tariflichen Lohnsteigerungen herzustellen. Das Gebot der Stunde laute nicht: Steuern senken, sondern gerechter zu verteilen. Tarifaufinandersetzungen hingegen blieben ein klassischer Verteilungskonflikt, in dem sich die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil an der Wohlstandsentwicklung holen.

Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser hatte mit Blick auf bevorstehende Tarifaufinandersetzungen im Handelsblatt gefordert, die Steuerlast für mittlere Einkommen zu verringern. Facharbeiter, Techniker und Ingenieure seien von der Steuerprogression besonders betroffen, sagte der Chef des Arbeitgeberverbandes. Die große Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen sei "ein zunehmendes Ärgernis". Kannegiessers Forderung sei populistisch und führe in die Irre, kritisierte das für wirtschaftspolitische Fragen zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall.

Kaum ein anderes Land investiert so wenig in seine Infrastruktur wie Deutschland

Anteile öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt 2006
Prozent



Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, D=2007

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

Das andere sind die Steuern. Auch gezahlte Steuern verschwinden nicht in schwarzen Löchern. Der Staat ist auf die Steuereinnahmen angewiesen, um seine Aufgaben zu erfüllen: **Leistungsfähige Krankenhäuser, gute Schulen und moderne Verkehrsnetze müssen finanziert werden.** Gerade eine hoch entwickelte Ökonomie ist auf eine ausgebaute Infrastruktur angewiesen. Dazu gehört auch eine soziale Infrastruktur. Bildungschancen hängen in diesem Land maßgeblich vom Einkommen der Eltern ab. Wir brauchen dringend mehr finanzielle Mittel für das Bildungssystem. Es gilt die alte Weisheit: Nur Reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.

Die öffentliche Infrastruktur ist in einem schlechten Zustand. Es mangelt an Geld für notwendige Investitionen. Der Staat ist unterfinanziert. Dies wird auch im internationalen Vergleich deutlich. Kaum ein anderes Land investiert so wenig in seine Infrastruktur wie Deutschland. So ist die Zukunft nicht zu gewinnen. Wachstumschancen werden vertan. Das gilt erst recht, wenn die Finanzkrise auf die Konjunktur durchschlagen sollte. Dann ist der Staat gefordert zu investieren, statt Steuern und Ausgaben zu kürzen.

Die Quadratur des Kreises gibt es nicht. Satte Gewinne der Unternehmen können in der Tarifrunde nicht unangetastet bleiben und gleichzeitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Staat verwiesen werden. Von dieser Nebelkerze lassen wir uns nicht irritieren. Es bleibt ein klassischer Verteilungskonflikt, bei dem sich die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil vom Aufschwung holen werden.

Unehrliche Steuerdebatte

Die Steuersenkungsdebatte, die wir jetzt erleben, ist unehrlich. **Die Steuerlast ist nicht zu hoch, sondern ungerecht verteilt.** Mit der letzten Reform erhielten Unternehmen großzügige Steuergeschenke. Im kommenden Jahr folgt mit der Abgeltungsteuer der nächste Schritt. Die anstehende Reform der Erbschaftsteuer sieht weitere Geschenke für Unternehmen vor, und sie gehen den Lobbyvertretern noch längst nicht weit genug. Konsequenz: Unternehmenssteuern tragen immer weniger zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei.

Zwar wurden vor ein paar Jahren mit der Senkung der Einkommensteuersätze auch Arbeitnehmer entlastet, doch diese Entlastung wurde durch die kalte Progression längst wieder aufgezehrt. Hier ist die Politik auf der schiefen Bahn. Doch die Antwort lautet nicht: Steuern senken, sondern gerechter verteilen. Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit ist das Gebot der Stunde. **Ohne großzügige Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende hätte der Staat genug Geld für Zukunftsinvestitionen, Bildung und soziale Sicherheit.** Gleichzeitig könnte

die Steuerlast für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesenkt werden.

Was ist „kalte Progression?“

Um höhere Einkommen stärker bei der Steuer zu berücksichtigen, steigt der Steuersatz mit der Höhe des Einkommens (Progressiver Steuertarif). Als „Nebenwirkung“ rutschen Arbeitnehmer mit jeder Lohnerhöhung in einen höheren Steuersatz. Da die Lohnsteigerung zu einem Teil aber lediglich ein Ausgleich für Preissteigerungen darstellt, also keine reale Lohnerhöhung ist, drückt die steigende Steuerbelastung den Lebensstandard. Dieser automatische Anstieg des Steuersatzes wird als kalte Progression bezeichnet.

Unternehmen unterliegen nur dann der kalten Progression, wenn sie Einkommensteuer zahlen. Da die Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer keinen progressiven Steuertarif kennen, gibt es für diese Steuerarten auch keine kalte Progression. Es sind also vor allem Arbeitnehmer betroffen. Allerdings war für sie die finanzielle Belastung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im letzten Jahr erheblich größer als durch die kalte Progression.

Steueralternativen der IG Metall

Die IG Metall hat, zusammen mit anderen Organisationen, mit der „**Solidarischen Einfachsteuer**“ Vorschläge für ein Steuersystem gemacht, das ein höheres Steueraufkommen sichert und gleichzeitig zu einer gerechteren Lastenverteilung bei der Besteuerung führt. Wesentliche Elemente sind:

- Anderer Tarifverlauf (linear-progressiv) entlastet „kleine“ Einkommen.
- Höherer Spitzensteuersatz (45%)
- Keine Abgeltungsteuer, sondern volle Besteuerung von Kapitalerträgen.
- Größerer Beitrag der Unternehmen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, vor allem durch Einschränkung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten, keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne.
- Kommunale Wertschöpfungsteuer statt Gewerbesteuer
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Keine Steuergeschenke für Unternehmen bei der Erbschaftsteuer